

Habecks Heizungsirrsinn

Von Jörg Schneider MdB

Das Häuschen ist abbezahlt, die Rente erreicht. Wenn nun die Heizung den Geist aufgab, war das bislang schon ein Problem – zukünftig könnte es das Aus bedeuten: Die Ölheizung ist dann nämlich durch eine Wärmepumpe zu ersetzen. Deren geringere Temperatur und Leistung macht den Umstieg auf Fußbodenheizung, neue Fenster und Isolierung des ganzen Hauses notwendig. In Gelsenkirchen mit seinen niedrigen Immobilienpreisen übersteigen diese Kosten oft den Wert der Immobilie. Das Ergebnis: Abriss, Verkauf des Grundstücks ... und vom Erlös kann man dann gerade noch einige Jahre die Miete einer 2-Raum-Wohnung bezahlen, die grünen Wunschvorstellungen entspricht.

Wo kommt der Strom her?

Wärmepumpen bedeutet, dass man mit Strom heizt. Selbst wenn wir alle Wohnungen auf Niedrigenergiestandard dämmen, würde deren Heizung an einem kalten Wintertag den Strombedarf in Deutschland verdoppeln. Hinzu kommen aber noch öffentliche Gebäude, Büros, Geschäfte, nicht zu vergessen die 40 Mio. Fahrzeuge in Deutschland, die ja auch zukünftig elektrisch fahren sollen – der Strombedarf wird sich an bestimmten Tagen verdreifachen. Wo der ganze Strom herkommen soll? Momentan hoffen unsere grünen Energieexperten wohl auf Atomstrom aus Frankreich und Kohlestrom aus Polen. Nur was machen wir, wenn man dort dem deutschen Beispiel folgt?

Photovoltaik ist keine Lösung

Nicht nur Wärmepumpen sind zukünftig Pflicht, auch Photovoltaik gehört zukünftig auf jedes Dach. Das erweckt den Eindruck, man könnte so den Stromhunger der Wärmepumpen stillen: Ein Trugschluss! Eine PV-Anlage liefert der winterlichen Hauptheizsaison nur 10% der Energie wie im Sommer. Die PV-Anlage, die von März bis Oktober mit einem kleinen Stromspeicher ausreicht, um vom Stromnetz tatsächlich unabhängig zu sein, liefert im Januar gerade noch genug Strom für eine heiße Dusche und eine warme Mahlzeit.

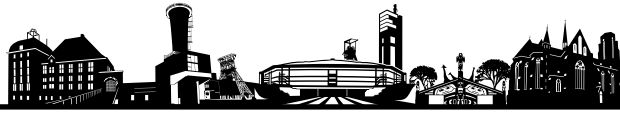
Sinnvolle Alternativen werden ausgebremst

Beliebter Ersatz für Öl und Gas sind Pelletheizungen: Pellets sind ein Abfallprodukt der Holzindustrie und damit ein einheimischer Rohstoff. Aber auch damit soll zukünftig Schluss sein: Angeblich wird durch Rauchgase und Ruß die Umwelt zu sehr belastet. Dabei wären Pelletheizungen die Lösung, um den erheblichen Strombedarf im Winter auf ein leistbares Maß zu reduzieren. Nebenbei können Pelletheizungen in Kombination mit Stirlingmotoren Strom erzeugen: Ergänzt um Photovoltaik könnte ein Haushalt völlig unabhängig vom Stromnetz sein.



Steuerung und Überwachung

Genau diese Unabhängigkeit ist aber wohl unerwünscht. Statt dessen wird der Einsatz von „smarten Stromzählern“ vorangetrieben: Damit können einzelne Verbräucher im Haushalt vom Strom getrennt werden. Offiziell soll damit bei wenig Wind und Sonne der Stromverbrauch reduziert werden, indem man z.B. den Ladevorgang von E-Fahrzeugen unterbricht. Corona hat aber gezeigt: Der Staat war nicht zimperlich, jenseits aller sachlichen Erwägungen Menschen mit abweichenden Meinungen zu sanktionieren. Wer will also ausschließen, dass zukünftig am kalten Wintertag der Strom für die Wärmepumpe abgeklemmt wird, weil man sich öffentlich kritisch über die linksgrüne Energiepolitik geäußert hat?



Vergewaltigungen in NRW und ihre Ursachen

Die neueste Kriminalstatistik besagt, dass die Zahl der Vergewaltigungen in unserem Land im letzten Jahr noch einmal extrem angestiegen ist.

Von Enxhi Seli-Zacharias MdL

Das Entsetzen bei derlei Erkenntnissen ist jedes Mal groß. Aber eigentlich ist eine solche Entwicklung kein Wunder. Und kommt schon gar nicht überraschend. In allen Gesellschaften, historischen und gegenwärtigen, gibt es eine Bevölkerungsgruppe, deren Gefährlichkeit nicht unterschätzt werden sollte - junge Männer im Alter von

Initiationsriten. Man schickte die jungen Männer auf die Jagd, zum Frauenraub, auf Entdeckungswanderungen, auf jahrelange Wanderungen des Berufserwerbs und des Handels, in kämpferische Wettbewerbe, in den Krieg. Vor allem in den Krieg.

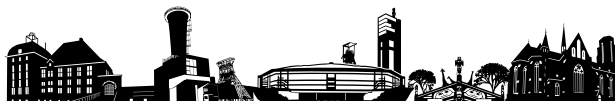
Diejenigen, die zurückkamen, waren in der Regel die Vorsichtigen, die Klugen, die Erfolgreichen, vielleicht auch nur die Listenreichen und Anpassungsfähigen, die im wahrsten Sinne des Wortes Weltgewandten. Und vor allem - es waren nicht mehr so viele. Es blieben immer genug Männer übrig, um eine neue Generation in die Welt



etwa sechzehn bis Mitte zwanzig. Sie stellen die meisten Unfallopfer, sie versagen am häufigsten im Alltagsleben, sie begehen die meisten Straftaten, sie bevölkern die Gefängnisse. Dabei sind sie vor allem fremdgefährdend, ganz gleich, ob im Verkehr, in Beziehungen, im normalen Alltag oder in speziellen Situationen. Das Phänomen ist nicht neu. Und jede Gesellschaft versuchte und versucht auf ihre Weise, dieses spezielle Problem in den Griff zu bekommen. Man erfand komplizierte und zum Teil lebensbedrohende

zu setzen und zu versorgen. Und die schlimmsten Unruhestifter, die hirnlosen Maulhelden, die Skrupellosen, die gedankenlosen Abenteurer, die Raufbolde und die Nichtskönner war man auf eine überzeugende und anerkannte Art und Weise losgeworden.

Heute, in unserem aufgeklärten, humanen und menschenfreundlichen System, denkt man natürlich nicht mehr so. Hier hat man Verständnis für



alles und jeden. Hier müssen junge Übeltäter keine Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Hier werden sie getröstet und therapiert. Hier gibt es keine Schuldigen mehr, nur noch Opfer. Und niemand wird mehr fortgeschickt, um sich zu bewähren, um geläutert heimzukehren. Oder eben gar nicht, Nein, in Umkehrung aller Vernunft werden gerade die gefährlichen jungen Männer bei uns mit offenen Armen und in irritierend hoher Zahl aufgenommen.

Vielleicht sollte man einmal darüber nachdenken, weshalb fremde Länder ihre jungen Männer überhaupt in Massen fortziehen lassen.

Weil sie ja so arm sind. Weil sie ja verfolgt werden. Weil sie angeblich das Gemüt und den Leidensdruck verwaister Kindergartenkinder haben. Weil eine Bevölkerungsgruppe, die in allen Gesellschaften gefährlich und unberechenbar ist, die aus Erfahrung und Vorsicht beargwöhnt und eingehegt wird, sich in unserer Gesellschaft wie durch Magie in ihr genaues Gegenteil verwandelt. Angeblich jedenfalls.

Vielleicht sollte man einmal darüber nachdenken, weshalb fremde Länder ihre jungen Männer überhaupt in Massen fortziehen lassen. Junge Männer, die kräftig sind und fleißig arbeiten könnten, ihre Eltern unterstützen und Familien gründen. Die man als Soldaten sicher gut gebrauchen könnte. Aber man lässt sie einfach ziehen. (Und man sage nun nicht, daran können die entsprechenden Staaten eben nichts ändern.) Da keimt am Ende der Verdacht, dass die meisten dieser „Geflüchteten“ bereits in ihrer Heimat unliebsam aufgefallen sind und man allgemein froh war, sie auf eine billige und unspektakuläre Art und Weise loszuwerden.

Und dass sie nun bei uns eintreffen, einschließlich ihrer kriminellen Energie, ihres anerzogenen männlichen Größenwahns und ihrer gesellschaftlich geprägten Verachtung gegenüber „Weißen“ und vor allem gegenüber Frauen. Die als Frauen per se nichts wert sind (außer als willenloses Spielzeug eines Mannes) und als fremde Frauen erst recht nichts. Die waren ja immer schon nichts

weiter als eine Beute.

Und man soll sich nicht täuschen - derlei Ansichten und die watteweiche gesellschaftliche Reaktion darauf können auch Vorbildwirkung für labile junge Männer der eigenen Gesellschaft haben. Was das Ganze nicht besser macht. Wie gesagt, die steigenden Vergewaltigungszahlen sprechen für sich. Auf andere schlüssige Erklärungen darf man gespannt sein.

Die aktuelle Situation in NRW ist erschreckend und besorgniserregend.

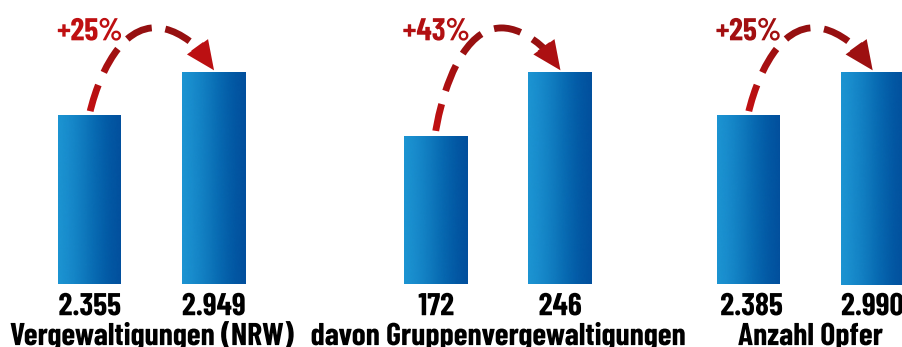
Eine Kleine Anfrage der AfD im Landtag NRW brachte geradezu dramatische Zahlen ans Tageslicht. So wurden im Jahr 2021 in NRW 2.355 Vergewaltigungen erfasst. Im Jahr 2022 betrug die Anzahl der erfassten Fälle 2.949. (Steigerung + 25 %) Wurden im Jahr 2021 noch 2.021 Tatverdächtige ermittelt, waren es im Folgejahr schon 2.388. (Steigerung + 18 %) Die Anzahl der Opfer stieg von 2.385 auf 2.990. (+ 25 %)

Bei der Frage nach dem Geschlecht, dem Alter und der Staatsangehörigkeit der Tatverdächtigen blieb die Landesregierung mal wieder stumm.

Aus einer Sonderauswertung geht hervor, dass sich insbesondere die Anzahl der Gruppenvergewaltigungen stark erhöht hat, von 172 Fällen im Jahr 2021 auf 246 Fälle im Jahr 2022. (+ 43 %)

Besonders dramatisch waren die Zuwächse der Vergewaltigungsdelikte in Aachen, Bielefeld, Bochum, Düsseldorf, Köln, Oberhausen, im Kreis Recklinghausen, im Märkischen Kreis, im Rhein-Erft-Kreis und im Kreis Steinfurt.

Bei der Frage nach dem Geschlecht, dem Alter und der Staatsangehörigkeit der Tatverdächtigen blieb die Landesregierung mal wieder stumm. Wie so oft, werden unbequeme Daten angeblich nicht ermittelt. Oftmals bringen – mit Verspätung – Nachfragen das gewünschte Ergebnis. Wie bleiben am Ball und werden weiter nachhaken.



Zuwächse 2021 auf 2022

Quelle: Kleine Anfrage der
AfD Fraktion im Landtag NRW



Der Schutz unserer Schüler:

Warum die AfD-Fraktion nun Sicherheitspersonal für Schulen fordert

Von Jan Preuß MdLV

In Gelsenkirchen ist die Sicherheit an unseren Schulen zu einer zentralen Frage geworden. Eine Reihe besorgniserregender Vorfälle, darunter Amokdrohungen, Raubüberfälle und durch Schüler gelegte Brände, haben die Bedeutung eines starken Sicherheitskonzepts für unsere Schulgemeinschaft unterstrichen. Dieses Konzept darf keine Kompromisse eingehen, wenn es das Wohlergehen unserer Kinder betrifft.

Aus diesem Grund wird unsere Fraktion die Einstellung von Sicherheitspersonal an jeder weiterführenden Schule in Gelsenkirchen beantragen.

Andere Städte, die mit ähnlichen Problemen umgehen müssen, haben das schon umgesetzt. Denn Sicherheit an Schulen ist keine Nebensache. Sie bildet das Fundament, auf dem Lernen und persönliche Entwicklung stattfinden können. Ohne eine sichere Umgebung ist Bildung nicht möglich. Doch leider sind unsere Schulen nicht mehr die sicheren Orte, die sie einmal waren. Die steigende Zahl von Polizeieinsätzen an Schulen in Gelsenkirchen ist ein alarmierendes Zeichen, das nicht ignoriert werden darf.

Unsere Schulen sind konfrontiert mit Situationen, die sie alleine nicht bewältigen können. Die Lehrkräfte sind ausgebildet, um Wissen zu vermitteln, nicht um Sicherheitsprobleme zu lösen. Und unsere Kinder? Sie sollen lernen, sich entwickeln, Freundschaften schließen - nicht in ständiger Angst leben müssen.

Unsere Forderung nach Sicherheitspersonal an Schulen ist nicht nur als Reaktion auf diese Vorfälle zu sehen, sondern als proaktive Politik. Wir wollen nicht warten, bis weitere Zwischenfälle auftreten. Stattdessen treten wir dafür ein, präventive Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit an unseren Schulen zu gewährleisten.

Die Bereitstellung von Sicherheitspersonal, sowohl männlich als auch weiblich, an jeder Schule ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die Toiletten können auch während der Unterrichtsstunden kontrolliert, schulfremde Personen am Betreten des Grundstücks gehindert werden. Es

soll außerdem sichergestellt sein, dass alle - unabhängig von ihrem Geschlecht - eine Bezugsperson haben, an die sie sich wenden können, auch wenn gerade einmal kein Lehrer in der Nähe ist. Wir wollen eine Atmosphäre schaffen, in der sich alle wohl- und sicher fühlen. Dieses Personal wird nicht nur als Abschreckung dienen, sondern kann auch als Vermittler wirken, um potenzielle Konflikte zu entschärfen, bevor sie eskalieren. Sie können eine wichtige Rolle dabei spielen, ein sicheres und positives Schulumfeld zu fördern, in dem sich unsere Kinder auf das konzentrieren können, was wirklich zählt: ihr Lernen.



So könnten die Sicherheitskräfte bspw. aussehen.

Natürlich: Die wahren Gründe für die prekäre Sicherheitslage an unseren Schulen finden wir in der Bundespolitik. Auf kommunaler Ebene können wir nur versuchen, nachzubessern, wo es nötig ist. Aber es ist leider nötig. Das zeigt, dass wir bereit sind, entschlossen und pragmatisch zu handeln, um die Sicherheit unserer Schulen zu verbessern. Diese Maßnahme ist keine Option, sondern eine Reaktion auf die tägliche Realität. Und dafür sind wir in den Stadtrat gewählt worden. Denn wenn es um die Sicherheit unserer Kinder geht, darf es keine Kompromisse geben.

Euer Jan Preuß
Vorsitzender der AfD-Fraktion Gelsenkirchen